

Fraktionssitzung der CSU am 27.3.2006

(Sportheim des FSV Waldthurn, Beginn 20:00 Uhr)

1. Genehmigung der Niederschriften - öffentlicher Teil - vom 23.02.2006

Anmerkungen: Keine

2. Vorstellung des Haushalts des Kindergartens St. Josef – Personalausstattung – Defizitentwicklung durch Herrn Pleyer von der Kirchenverwaltung Waldthurn

(BE: Hubert Stahl)

Grundlage: Vorlagen werden zunächst nicht vorgelegt, die Daten werden in der Sitzung präsentiert. Nachträglich wird jedoch das Zahlenwerk (Haushaltsplan 2005/2006) den Markträten zur Information zugestellt.

Diskussion: Nach einem Zeitungsartikel vor wenigen Tagen ist von einem geringen Defizit im Kindergarten Moosbach, der in ähnlicher Form (Trägerschaft, Kinderzahl) wie in Waldthurn betrieben wird, berichtet worden (unter 500.- €). Angeregt wurde deshalb, sich intensiv mit den Haushaltszahlen der Kirchenverwaltung auseinanderzusetzen und nach Einsparmöglichkeiten zu suchen.
Das kalkulierte Betriebskostendefizite in Höhe von etwa 28.000.- € für das laufende Kindergartenjahr, aufgeführt im nachgereichten Haushaltsplan, bedarf einer eingehenden Überprüfung.

Fazit: Der Vorstellung des Haushaltsplans und der Personalentwicklung im Waldthurner Kindergarten wird zur Kenntnis genommen. Eine intensive Beschäftigung mit den Daten muss sich anschließen.

3. Auswirkungen des neuen Bayer. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes; Vorstellung durch die Kindergartenleiterin Frau Sonja Kick

(BE: Dr. Nikolaus Globisch)

Grundlage: Vorlagen werden nicht vorgelegt, die neuen gesetzlichen Regelungen werden in der Sitzung vorgestellt.

Diskussion: Nach den neuen Richtlinien erfolgt künftig eine Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen grundsätzlich nicht mehr nach Anzahl der Gruppen, sondern nach Zahl der Kinder und nach Angebot der Einrichtung. Differenzierte Angebote werden besonders gefördert. Der Bedarf ist zu ermitteln unter Einbeziehung der Eltern. Über die Auswirkungen der neuen Normen wird die Leiterin des Kindergartens berichten.

Fazit: Kein Beschluss erforderlich.

4. Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendamt bei der Bedarfsplanung für den Kindergarten: Gründung einer Arbeitsgemeinschaft

(BE: Hans Pausch)

Grundlage: Schreiben des Leiters des Kreisjugendamtes an die Gemeinden.

Diskussion: Nach den unter TOP 3 angesprochenen neuen Förderregelungen für die Kindergärten ist eine fachlich korrekte Bedarfsplanung unter Berücksichtigung der Wünsche der Bürger erforderlich. Jede Gemeinde könnte diese Bedarfsplanung grundsätzlich eigenständig machen (Alternative I), empfohlen wird aber eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zur Bedarfsermittlung unter Mitwirkung der Jugendhilfe und des Jugendamtes (Alternative II). Hierbei könnten einheitliche Verfahrensweisen (Erstellung von Materialien, Festlegung von Rahmenbedingungen, Planung der Vorgehensweise etc.) entwickelt werden und den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Ein noch zu gründender Arbeitskreis könnte diese Aufgaben übernehmen. Vorsorglich hat Bürgermeister Josef Beimler sein Interesse an einer Mitwirkung im Arbeitskreis dem Jugendamt Neustadt bekundet. Der letzte Schritt, die Bestimmung und Anerkennung der bedarfsnotwendigen Plätze im Kindergarten, verbliebe jedoch immer bei der Gemeinde.

Fazit: Eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zur Grundlagenermittlung der Bedarfsplanung im Kindergarten (Alternative II) macht Sinn.

5. Billigung der Bauunterlagen der Stich Bauing. GmbH zum Ausbau der Bernriether Straße; Antragstellung auf Gewährung einer Zuwendung gem. Art 13 c FAG

(BE: Wolfgang Golla)

Grundlage: Bauunterlagen (mit Kostenberechnung) des Ingenieurbüros Stich.

Diskussion: Zur Kostenaufstellung erfolgen keine besonderen Wortmeldungen mehr, die Zahlen wurden ja bereits vorgestellt (zuletzt in der Anliegerversammlung).
Nach Mitteilung der Regierung der Oberpfalz sollen die FAG-Mittel (Zuschüsse) zu Gunsten der von der jüngsten Schneekatastrophe besonders betroffenen Gebietskörperschaften (in Katastrophengebieten) verwendet werden. Ob dann für die Bernriether Straße noch was übrig bleibt, kann derzeit nicht zugesichert werden. Nach Ostern sollte nochmals bei der Bewilligungsbehörde nachgefragt werden.
Der Bürgermeister hat sehr ungehalten über diese Mitteilung reagiert und sofort die politischen Vertreter der Region aktiviert, um doch noch wie geplant die Finanzierung der großen Maßnahme abwickeln zu können. Bei verzögert eintreffenden Zuschuss wäre durch die Gemeinde eine Zwischenfinanzierung zu schultern. Ohne Förderung müsste die Gemeinde fast 120.000.- € zusätzlich Kredit aufnehmen.
Bleibt zu hoffen, dass die massiven Interventionen des Bürgermeisters bei den maßgeblichen Stellen erfolgreich verlaufen. Ärgerlich wäre eine

Verschiebung der Bewilligung zum jetzigen Zeitpunkt allemal, wo ja die Planung bereits weitgehend abgeschlossen ist und die Bauarbeiten nach erfolgter Ausschreibung beginnen könnten. Zahlungen an das Ingenieurbüro sind jetzt schon zu leisten.

Einer Antragstellung nach Gewährung von Zuschüssen stehe natürlich nichts entgegen. Eine gleichzeitige Beantragung eines vorzeitigen Baubeginns wirft rechtliche Fragen auf: muss bei Zusage für einen sofortigen Baubeginn sofort ausgeschrieben und die Maßnahme gebaut werden ohne Wissen um die Zuschussituation? Nach Auskunft des Bürgermeisters ist grundsätzlich eine Vorbehaltklausel in der Ausschreibung möglich.

Fazit: Der Antragstellung auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Art. 13 c FAG wird zugestimmt. Dem Antrag auf vorzeitigem Baubeginn wird ebenfalls zugestimmt, die Abwicklung des Projekts sollte allerdings die aufgeführten Fragen berücksichtigen.

6. Angebot der Firma Beutlhauser/Bassewitz zum Austausch des schadenanfälligen Unimogs

(BE: Alois Weig)

Grundlage: Am 20. März 2006 fand eine Besprechung statt mit Vertretern der Firmen Beutlhauser und Daimler-Benz, des Bauhofs, der Gemeindeverwaltung und Bürgermeister Beimler. Das Angebot der Firma Daimler, unseren äußerst schadenanfälligen Unimog zurückzunehmen zu einem Preis von 60.000.- € (statt marktüblichen 50.000.- €) und dafür ein neues Fahrzeug (Unimog „U 400“) zu einem Preis von 163.000.- € zu beschaffen, wurde vom Bürgermeister als nicht akzeptabel zurückgewiesen. Die vorgeschlagene Leasing-Rate in Höhe von 1.500.- € (1.400.- € für ein Vorführgerät) monatlich für eine Laufzeit von 72 Monaten sei nicht tragbar. Eigentlich wollte die Gemeinde nach Abfinanzierung des jetzigen Unimogs für einige Jahre finanzielle Ruhe haben. Die Firma Daimler wollte noch ein Angebot über ein gebrauchtes Fahrzeug (Unimog „U 500“ mit 280 PS, ein Jahr alt, 300 Betriebsstunden) vorlegen. Von anderen Kommunen wurde jedoch auf eine ähnliche Störanfälligkeit dieses Typs wie bei unseren Unimog hingewiesen.

Diskussion: Das bisher vorgelegte Angebot der Firma Daimler ist nicht zu realisieren. Der Hinweis der Firmenvertreter auf die abgelaufene Garantie- und Kulanzmöglichkeit spricht im Hinblick auf die ausreichend belegten Reparaturarbeiten, die seit Beschaffung des jetzigen Gerätes anfielen, Bände. Ein großzügigeres Entgegenkommen der Firma Daimler hätte erwartet werden können. In den nächsten Monaten wird sich das Gremium ernsthaft um alternative Lösungen bemühen müssen. Die Reparaturen gehen nämlich weiter (aktuell schon wieder Federbruch, nachdem erst vor kurzem die Turbo-Kupplung ausgewechselt werden musste). Ins Gespräch gebracht wurden andere Fahrzeugmarken (M.A.N, Fendt, Steyr), die zudem eine variabelere Einsatzmöglichkeiten bieten würden und bei weitem kostengünstiger zu beschaffen wären als ein Unimog.

Fazit: Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen. In den nächsten Monaten sollten Überlegungen zu Alternativen angestellt werden.

7. **Antrag des Schützenvereins Waldthurn auf Verwendung des Gemeindewappens anlässlich des 50-jährigen Gründungsjubiläums**

(BE: Hannes Weig)

Grundlage: siehe Schreiben des Festleiters Bernhard R. Karl

Diskussion: Der Verwendung des Gemeindewappens steht nichts entgegen. Empfohlen wird von der CSU-Fraktion, den in der Vereinsgemeinschaft Waldthurn organisierten Vereinen grundsätzlich die Verwendung des Gemeindewappens zu gestatten.

Fazit: Dem Antrag wird zugestimmt.

8. **Abänderung der Schalteinheit für die Straßenbeleuchtung in Albersrieth; Angebot der E.ON**

(BE: Hubert Stahl)

Grundlage: siehe Angebot der Firma E.ON

Diskussion: Im Gefrierhaus ist die Schalteinheit für die Straßenbeleuchtung in Albersrieth untergebracht. Das Gebäude soll ja in Zusammenhang mit der Dorferneuerung abgerissen werden. Unter anderem soll auf dem freiwerdenden Areal ein Kinderspielplatz angelegt werden. Die Versetzung der Schalteinheit ist im Konzessionsvertrag nicht als Leistung aufgeführt, so dass die Gemeinde für die Kosten der Versetzung (ca. 1.800.- €) aufkommen muss, wenn sie selbst die Änderung wünscht. Der neue Standort der Schalteinheit ist noch unter Mitwirkung eines Ortsvertreters festzulegen.

Fazit: Der Versetzung der Schalteinheit wird zugestimmt.

9. **Antrag der Pfarr- und Gemeindebücherei Waldthurn auf Gewährung eines Zuschusses**

(BE: Alois Weig)

Grundlage: siehe Antragsschreiben (inklusive beiliegender Jahresstatistik des Sankt Michaelsbundes)

Diskussion: Die gute Arbeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter und die Bedeutung der Pfarr- und Gemeindebücherei Waldthurn wird anerkannt. Vorgeschlagen wird eine Bezuschussung der Bücherei durch die Vereinsgemeinschaft, ähnlich wie im vergangenen Jahr.

Fazit: Der Antrag wird abgelehnt. Der beantragte Zuschuss könnte ähnlich wie im vergangenen Jahr durch die Vereinsgemeinschaft gewährt werden.

10. Bauanträge

(BE: N.N.)

Grundlage: siehe Aufstellung der Verwaltung

Diskussion: Keine relevanten Diskussionsbeiträge, begrüßt wird die gestiegene Zahl an Anträgen (immerhin fünf).

Fazit: Den Anträgen wird zugestimmt.

11. Mitteilungen des Bürgermeisters; Anfragen und Anträge der Markträte

❖ Öffnungszeiten für den Containerstandplatz ab 1. April 2006:

- Montag 17 – 19 Uhr
- Dienstag 10 – 12 Uhr
- Mittwoch 17 – 19 Uhr
- Freitag 17 – 19 Uhr
- Samstag 13 -15 Uhr

Außerdem ist ab 1. April die Grüngutannahme wieder möglich.

- ❖ Die Förderschule Vohenstrauß hat einen Zuschussantrag gestellt. Verwiesen wird auf einen Grundsatzbeschluss, dass nur Schulklassen aus Waldthurn einen Zuschuss auf Antrag erhalten können.
- ❖ Aktion „Unser Dorf soll schöner werden“ in Ottenrieth: Ein Vertreter des „Amtes für Gartenbau Bayern Mitte“ mit Sitz in Fürth empfiehlt nach einem Ortstermin in Ottenrieth vor wenigen Tagen Verschönerungsmaßnahmen (Baumpflanzungen, Kinderspielgeräte etc.) mit einem Kostenaufwand von etwa 5.000.- €. Besondere Zuschüsse können hier nicht mehr gewährt werden, die unter Umständen dafür in Frage kommende vereinfachte Dorferneuerung wird nicht mehr angeboten (insofern entfallen auch Zuschussmöglichkeiten für private Maßnahmen). Geplant ist im Rahmen von Eigenleistungen (auch mit Hilfe des Bauhofes) einzelne vorgeschlagene Maßnahmen umzusetzen.
- ❖ Die Stadt Pleystein hat zum 675-jährigen Stadtgründungsfest eingeladen. Teilnehmen wird am Festzug (Sonntag, 13. August 2006) die Trachtenkapelle Müllner, außerdem soll ein Waldthurner „Vereinsblock“ mit Vertretern der in der Vereinsgemeinschaft vertretenen Vereine mitmachen. Die Markträte sollten den Termin nicht vergessen.
- ❖ Wenig Interesse besteht an einer offiziellen Teilnahme der Marktgemeinde Waldthurn am diesjährigen Nordgautag in Nittenau (18. Juni 2006).